

# Asyl- und Flüchtlingspolitik – Die Maßnahmen der Bundesregierung zeigen Wirkung

## Dafür steht die CDU

- Unser Ziel ist es, die Zahl der Flüchtlinge schnell, spürbar und dauerhaft zu reduzieren.
- Wir setzen auf europäische und internationale Zusammenarbeit, da sich diese Aufgabe alleine national nicht effektiv und dauerhaft lösen lässt.
- Wir wollen die Migration ordnen, insbesondere die EU-Außengrenzen schützen.
- Wir wollen die Migration besser steuern. Als „C“-Partei helfen wir denen, die wirklich Schutz brauchen. Abgelehnte Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge werden abgeschoben.
- Wir wollen mehr europäische Solidarität bei der Verteilung von Flüchtlingen.
- Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.

## Maßnahmen der Bundesregierung

- Das Asylrecht wird verschärft: Schnellere Abschiebungen, weniger Fehlanreize, mehr Sachleistungen, mehr sichere Herkunftsländer, verschärfte Residenzpflicht.
- 4.000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF).
- 3.000 neue Stellen bei der Bundespolizei.
- Einführung einer Flüchtlingsdatenbank und des Flüchtlingsausweises.
- Die Hürden für die Ausweisung und Abschiebung krimineller Ausländer wurden abgesenkt.
- 10.000 zusätzliche Stellen beim Bundesfreiwilligendienst – auch für Flüchtlinge.
- Unterstützung einer internationalen Allianz im Kampf gegen IS.

## Die Maßnahmen wirken

- Die Zahl der Abschiebungen hat sich 2015 gegenüber 2014 verdoppelt.
- Jeder Flüchtling wird an der deutschen Grenze erkennungsdienstlich registriert.
- Wer kein Asyl beantragen will, wird schon an den Grenzen zurückgewiesen – das sind derzeit rund 200 Personen jeden Tag.
- Im BAMF werden mittlerweile 2.000 Anträge täglich entschieden. Die Bearbeitungsdauer hat sich um ca. zwei Monate verringert.
- Die „Hot-Spots“ in Italien und Griechenland zur Registrierung, aber auch Rückführung von Flüchtlingen sind in einigen Wochen einsatzbereit.
- 220.000 Teilnehmer bei Deutsch-Einsteigerkursen der Bundesagentur für Arbeit.

## Daran arbeiten wir

- Tunesien, Marokko und Algerien sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.
- Verteilung von 160.000 Flüchtlingen in der EU.
- Asyl-Verfahren in besonderen Einrichtungen für Bewerber aus sicheren Herkunftsländern, um Rückführungen zu beschleunigen.
- Einschränkung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, die nicht unmittelbar persönlich verfolgt sind.
- Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut werden.
- Die Türkei soll ihre Grenze zu Griechenland besser schützen. Sie soll gegen Schleuser im eigenen Land vorgehen.
- Integrationspflichtgesetze im Bund und in den Ländern.

**Mehr Infos: [www.cduplus.de](http://www.cduplus.de)**